

Der Arbeitsmarkt in den kommenden Jahren

Perspektiven und Erfordernisse

Prof. Dr. Dieter Mertens, geb. 1931, Dipl.-Volkswirt, war bis 1967 beim Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung tätig und ist seitdem Leiter des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesanstalt für Arbeit, außerdem Honorarprofessor an der Gesamthochschule Kassel und seit 1984 Mitglied des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

Lutz Reyher, geb. 1927, Dipl.-Volkswirt, studierte Volkswirtschaftslehre in Hannover und Berlin, war bis 1967 beim Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung tätig und ist seitdem Bereichsleiter im IAB und stellvertretender Leiter dieses Instituts.

Vor gut acht Jahren haben wir an dieser Stelle versucht abzuschätzen, mit welcher Entwicklung am Arbeitsmarkt auf mittlere Sicht zu rechnen sei und wie den damals erkennbaren Risiken begegnet werden könnte¹. Schaut man heute zurück, dann muß man u. a. feststellen:

- Das Arbeitskräftepotential ist in diesen acht Jahren um 1,6 Millionen Personen gestiegen, weitaus stärker noch als wir damals angenommen hatten. Unsere Vorausschätzung lag also eher am unteren Rand des Spektrums für wahrscheinlich zu haltender Entwicklungslinien.
- Unsere damalige Skepsis, daß wir durch Wirtschaftswachstum allein nicht zur Vollbeschäftigung zurückfinden würden, war nur allzu gerechtfertigt. Im Durchschnitt dieses Zeitraums wurden pro Jahr nur weniger als 2 Prozent wirtschaftlichen Wachstums realisiert.
- Eingetroffen ist auch die Annahme, daß sich Wirtschaftsentwicklung und Arbeitsmarkt nicht voneinander „entkoppeln“ würden: Die Produktivitätssteigerung hat sich weiter verlangsamt, die Beschäftigungsschwelle ist gesunken.
- Die „theoretische“ und politische Immunisierung anderer Zielsetzungen (wie Geldwertstabilität, Staatsquote, öffentliche Netto Verschuldung, Marktwirtschaft) gegenüber dem beschäftigungspolitischen Argument

¹ Vgl. Dieter Mertens und Lutz Reyher: Zum Beschäftigungsproblem in den nächsten Jahren, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Nr. 1/1977, S. 1-12.

hat, im Rahmen gewisser Wechsellagen, diesen Zeitraum stark geprägt. Auch blieben die schon damals sichtbaren argumentativen Hindernisse, die sich beschäftigungspolitischen Strategieansätzen entgegenstellten, weithin unaufgelöst. Das gilt zumal für das „Kosten-Argument“, für die Frage der Reversibilität von Maßnahmen, ja sogar für das „Strukturdiskrepanzen-Argument“.

Die kurzfristige Perspektive

Die Erfüllung des Vollbeschäftigungszieles ist also anhaltend vertagt worden. So wie 1976 ist es auch gegenwärtig als einzige der im Stabilitäts- und Wachstumsgesetz aufgeführten Ziele unerfüllt, ja die Zielverfehlung ist doppelt so ausgeprägt wie damals. Zwar ist die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer jetzt genauso hoch wie 1976. Es darf aber nicht übersehen werden, daß sie zwischendurch, im Jahre 1980 nämlich, um über 1 Million höher war, nicht zuletzt dank der damaligen öffentlichen Investitionsprogramme. So bleibt die Tatsache, daß der schon genannte, weitgehend demographisch bedingte, Potentialzuwachs von 1,6 Millionen Erwerbspersonen per Saldo vom Erwerbssystem nicht aufgenommen wurde. Die Arbeitslosenzahl hat mit fast 2,3 Millionen (1984) ein absolutes Maximum seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland erreicht, fast jeder zehnte ist ohne Arbeit. Hinzu kommt eine stille Reserve von rund 1,3 Millionen Personen, von denen ein beträchtlicher Teil beschäftigungs- wie sozialpolitisch kaum anders zu beurteilen ist als die offene Arbeitslosigkeit.

Immerhin: Seit Mitte 1983 ist der Anstieg der Arbeitslosigkeit - die üblichen saisonalen Ausschläge können hierbei außer Betracht bleiben - in etwa gestoppt worden. Seit fast zwei Jahren befinden wir uns in einer Phase eines moderaten Wirtschaftswachstums in der Größenordnung von durchschnittlich 2½ Prozent gegenüber dem jeweiligen Vorjahreswert. Die wichtigste Antriebskraft hierbei war und ist noch immer die kräftige, vor allem wohl auf die starken Veränderungen der Währungsrelationen zurückzuführende Nachfrage aus dem Ausland. Dieser Exportboom dürfte allen Erwartungen nach das Jahr 1985 über - abgeschwächt wohl auch noch im nächsten Jahr - erhalten bleiben. Fraglich bleibt bislang noch immer, ob, wann und in welchem Ausmaß jene Belebung der Investitionstätigkeit zur Stützung und Verstärkung der Gesamtnachfrage hinzukommt, die nach nun schon jahrelanger Förderung durch angebotsorientierte Einkommens- und Fiskalpolitik weithin erhofft wird. Dämpfende Einflüsse gehen daneben aus von real nahezu stagnierenden Konsumausgaben und vom realen Rückgang der öffentlichen Investitionen, beides auch in Kauf genommene Folgen der beherrschenden, auf Konsolidierung und Rückführung des Staatsanteils gerichteten Angebotspolitik.

Zusammengenommen reicht alles wohl nicht hin, den Beschäftigtenstand zu erhöhen. Die gleichzeitige Produktivitätssteigerung gleicht das Produktionswachstum aus, ja, das nachgefragte Arbeitsvolumen wird sogar leicht abnehmen. Nur weil 1985, seit Jahren erstmalig wieder deutlicher spürbar, die effektive Jahresarbeitszeit um 1 bis IV2 Prozent zurückgehen wird, bleibt noch etwas Raum für einen geringen Anstieg der Beschäftigtenzahl.

Auf der anderen Seite steigt noch immer das deutsche Erwerbspersonenpotential an. So wäre 1985 zunächst mit einer Zunahme um 160000 Personen zu rechnen, wovon nur knapp 20 Prozent der steigenden Erwerbsneigung in einzelnen Personengruppen, der große Rest dagegen der altersstrukturellen Entwicklung zuzuschreiben sind. Allerdings ist gerade in diesem Jahr ein Abschlag in der Größenordnung von mindestens 50000 Personen im Hinblick auf die gesetzliche Vorruhestandsregelung und die bereits abgeschlossenen einschlägigen Tarifverträge angezeigt. So verbleibt also nur eine Zunahme um gut 100000 Erwerbspersonen. Ob die hier unterstellte Inanspruchnahme der Vorruhestandsregelung, die sich auf Erfahrungen mit der flexiblen Altersgrenze und auf zusätzliche plausible Annahmen stützt, der Wirklichkeit gerecht wird, bleibt jedoch noch abzuwarten. Ferner spricht einiges für die Annahme, daß die Rückwanderung ausländischer Arbeitnehmer sich verlangsamt fortsetzt. Sicher ist allerdings auch dies nicht. Unterstellt man es einmal, dann verbleibt für das laufende Jahr nur ein relativ geringer Potentialzuwachs in der Größenordnung von rund 50000 Personen. Für die Arbeitsmarktbilanz bedeutet dies, daß dank dieser verschiedenen Sondereinflüsse trotz des relativ schwachen Wirtschaftswachstums auch ein leichter Abbau der Arbeitslosenzahl im Jahresdurchschnitt denkbar ist. Freilich wäre diese Verringerung ohnehin nur unbedeutend im Vergleich zu dem noch immer anhaltend hohen Niveau von mehr als 2,2 Millionen Arbeitslosen.

Ausblick: Der Arbeitsmarkt in den kommenden Jahren

Seit über einem Jahrzehnt kommen sehr starke Nachwuchsjahrgänge ins Erwerbsalter. Weit weniger Ältere machen durch ihren Renteneintritt Arbeitsplätze frei. Diese „demographische Welle“, mit der zwischen 1973 und 1989 das deutsche *Erwerbspersonenpotential* um 2,3 Millionen Personen anstieg bzw. noch steigen wird, ist zur Mitte der achtziger Jahre zu mehr als 80 Prozent abgelaufen. Auch während der zweiten Hälfte dieses Jahrzehnts wird der Druck vom Angebot her immerhin noch zunehmen, insgesamt um weitere 300000 bis 400000 Personen. Dabei ist nicht auszuschließen, daß sich die Erwerbsneigung angesichts der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit und der schwachen Entwicklung der Realeinkommen sogar noch stärker erhöht, als in dieser „mittleren Variante“ des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

(IAB) unterstellt wurde. Außerdem steigt in diesem Zeitraum auch das ausländische Erwerbspersonenpotential in der Bundesrepublik Deutschland in einer Größenordnung von 100000 bis 200000 Personen, selbst bei ausgeglichenem Wanderungssaldo, allein aus der Altersstruktur der hier lebenden Ausländer heraus.

Ist nun in den vor uns liegenden Jahren bis 1990 und darüber hinaus mit einer *Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt* zu rechnen, die einmal diese zusätzliche Zahl von Erwerbspersonen aufnimmt und obendrein die bestehende Unterbeschäftigung abbaut? Folgt die Entwicklung ohne zusätzliche politische Anstrengungen allein den heute absehbaren Trends, dann erscheint dies so gut wie ausgeschlossen.

Das *Tempo des wirtschaftlichen Wachstums*, die nach wie vor wichtigste Determinante der Arbeitsmarktentwicklung, wird allenthalben für die kommenden Jahre auf nicht mehr als 2Vi Prozent pro Jahr veranschlagt. Hiervon geht auch die Bundesregierung in ihrer mittelfristigen Finanzplanung aus. Bedenkt man aber die starken Verwerfungen im Weltwirtschafts- und Weltwährungsgefüge, unsere hohe und eher noch zunehmende Exportorientierung sowie die unverkennbare Tendenz, zyklische Wachstumsphasen aus Rücksicht auf andere Ziele, namentlich auf das der Preisstabilität, zu bremsen, dann erscheint es schon fraglich, ob eine solche autonome Produktionsentwicklung im Durchschnitt über einen längeren Zeitraum hinweg überhaupt wahrscheinlich ist. Es bedarf also eher schon einiger Anstrengung, um wenigstens diesen Wachstumspfad zu realisieren. Wachstumsraten, die über diesen Pegel auf Dauer hinausgehen, könnten auch problematisch sein, denn sie würden auf dem nun erreichten hohen Produktionsniveau absolute jährliche Zuwächse bedeuten, die alle Steigerungen der letzten Jahrzehnte überbieten würden. Dies könnte sich - je nach der Struktur der Produktionssteigerung - schon im Hinblick auf die damit verbundene Umweltbelastung verbieten.

Ein solcher Verlauf läge etwa auf der „Beschäftigungsschwelle“, das heißt bei demjenigen Wachstumstempo, bei dem das Beschäftigungsniveau nicht mehr absinkt, aber auch noch nicht angehoben wird. In fast dem gleichen Tempo würde unserer Einschätzung nach die *Produktion je Erwerbstätigen* zunehmen. Um diese Schlüsselgröße „Produktivität“ ranken sich ebensoviele Ängste wie Hoffnungen. Nicht wenige erwarten und befürchten von der weiteren Ausbreitung der Mikroelektronik und anderen neueren Technologien eine erneute, teils gar starke Beschleunigung des Produktivitätswachstums mit beträchtlichen arbeitsplatzvernichtenden Effekten. Die wirtschaftliche Entwicklung würde sich hiernach, so die Befürchtung, vom Arbeitsmarkt „abkoppeln“. Andere wieder setzen auf eine gegenteilige Entwicklung, also auf eine

raschere Verlangsamung des Produktivitätswachstums, so daß schon bei relativ bescheidenem Wirtschaftswachstum mit starken positiven Beschäftigungswirkungen zu rechnen wäre. Begründungen solcher Annahmen werden teils aus den empirischen Entwicklungslinien in den frühen achtziger Jahren, teils auch aus vorübergehend beobachteten Verläufen in den Vereinigten Staaten hergeleitet.

Wir halten, zusammen mit zahlreichen anderen Fachleuten, weder das eine noch das andere für sehr wahrscheinlich. Die Entwicklung in den letzten 10 bis 15 Jahren sowie zahlreiche Untersuchungen und Unternehmensbefragungen bringen uns zu der Einschätzung, daß die Produktivitätssteigerung im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt der bisher beobachteten Tendenz folgen wird, also daß sich der jährliche Zuwachs weiterhin leicht verlangsamt.

Die Annahme der Fortsetzung dieses Produktivitätstrends beinhaltet aber auch die Hypothese einer Fortsetzung der bisherigen *Entwicklung der effektiven Arbeitszeit*. Beides kann nicht voneinander isoliert gesehen werden. Mit anderen Worten: Die Beschäftigungsschwelle kann so relativ niedrig nur dann angesetzt werden, wenn zugleich die durchschnittliche Jahresarbeitszeit wie bisher etwa um ein Prozent pro Jahr abnimmt.

Dies alles zusammen hieße aber, daß sich auch auf mittlere Sicht bei Konstanz der Beschäftigtenzahl an der gegebenen Unterbeschäftigung nichts ändert, ja daß sogar der Potentialzuwachs der nächsten Jahre ebenfalls nicht absorbiert werden würde. Und diese Perspektive gilt keineswegs nur bis zum Ende dieses Jahrzehnts, also bis zu dem Zeitpunkt, von dem an das deutsche Erwerbspersonenpotential tendenziell wieder abnimmt. Diese Entlastung am Arbeitsmarkt tritt spürbar erst in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre ein, erst dann könnte also mit einem langsamen Abbau der hohen Unterbeschäftigung gerechnet werden.

So gut diese Einschätzung empirisch auch begründbar ist, so ist dies andererseits freilich eine rein schematische Durchschnittsbetrachtung über einen längeren Zeitraum. Die tatsächliche Entwicklung vollzieht sich aller Erfahrung nach aber gewiß nicht auf einem solchen geradlinigen Weg. Zyklische Schwankungen der Wirtschaftsaktivität werden auch in Zukunft nicht ausbleiben. Dies bedeutet, daß sich, so wie zur Mitte der siebziger und zu Anfang der achtziger Jahre, auch in Zukunft in Phasen von Stagnation oder gar Rezession erneut plötzlich starke „Schübe“ in der Arbeitslosigkeit einstellen, Niveausprünge also, die nur schwer wieder zurückzuführen sind, da bei Einstellungen und Entlassungen ständige Auslesen vorgenommen werden, so daß der Prozeß der strukturellen „Verkrustung“ der Arbeitslosigkeit sich auf jeweils höherem Niveau fortsetzt.

Die beschäftigungs- und arbeitsmarktpolitische Herausforderung

Ein derartiger Zustand kann nicht auf weitere lange Zeit hingenommen werden, er spaltet die Gesellschaft, deformiert bei zahllosen Menschen Lebensgefühl und Leistungspotentiale, ruiniert in vielen Familien Existenzen und Karrieren und damit soziale Stabilität, und vernebelt und raubt zahllosen Jugendlichen die Lebensperspektive. Ein solcher Zustand ist aber auch teuer, wie in wiederholten Kostenberechnungen und -vergleichen in den vergangenen Jahren nachgewiesen wurde. Die resignative Hinnahme dieses Zustands, wie sie ausdrücklich oder unausgesprochen immer häufiger anzutreffen ist oder empfohlen wird, verbietet sich schon aus fiskalpolitischer und ökonomischer Sicht.

Untauglich sind sicher auch alle Versuche, das Problem definatorisch zu bewältigen, indem die Arbeitslosen mehr oder weniger pauschal zu „Arbeitsunwilligen“, zu „Schattenarbeitern“ oder zu „Sucharbeitslosen“ erklärt werden. Dies alles gibt es freilich auch. Aber es steht quantitativ in keinem nennenswerten Verhältnis zu dem Gesamtproblem. Sehr wahrscheinlich ist die Zahl jener, die zustehende Sozialleistungen nicht in Anspruch nehmen, weit größer als die der anderen, die das System der sozialen Sicherung überstrapazieren. Fragwürdig sind auch jene Denkansätze, die die Lösung des Problems durch eine „Deregulierung“, also durch einen drastischen Abbau des Arbeits- und Sozialrechts verheißen und den Weg zurück zum „freien“ Arbeitsmarkt des 19. Jahrhunderts suchen. Wohldosierte Flexibilität kann sicher auch hilfreich sein, aber es darf das tatsächlich gegebene Ausmaß an Flexibilität nicht verkannt werden, das unser Erwerbssystem kennzeichnet. Das Heil liegt auch nicht in fortgesetzter Lohnsenkung, Lohndifferenzierung, Tarifaufweichung oder im Abbau des bestehenden Arbeits- und Sozialrechts, wie mancher glaubt. Die in Jahrzehnten gewachsene sozialstaatlich verfaßte Marktwirtschaft kann nicht zur Disposition stehen, denn sie ist selbst einer unserer wichtigsten „Produktionsfaktoren“.

Verbreitet ist schließlich noch immer die unfruchtbare Suche nach Patentrezepten, Königswegen oder Wunderwaffen. Es gibt sie nicht. Helfen kann nur ein gebündelter, massiver Einsatz aller Instrumente zugleich. Kein einziges davon darf - im Rahmen wohldurchdachter Kosten-Nutzen-Relationen - ungenutzt bleiben, nur weil sein Beitrag zur Lösung des Gesamtproblems zu gering erscheint, aber kein einzelnes für sich darf auch in den Erwartungen überfordert werden.

Beschäftigungssteigernde Impulse verdienen gewiß noch immer den Vorzug. Spätestens nun, nachdem - so vor allem die jüngste Einschätzung des Sachverständigenrats - in mehrjährigen politischen Anstrengungen die Ange-

botsverhältnisse (einschließlich des Lohnniveaus) optimiert worden sind, dennoch aber „die Pferde nicht saufen wollen“, bedarf es wohl schleunigst einer Rückbesinnung auf die Rolle, die die Nachfrage im volkswirtschaftlichen Kreislauf spielt. Der gegenwärtige Exportboom gibt ein leuchtendes Beispiel dafür ab. Es fehlt aber der weithin unterausgelasteten Wirtschaft zur Ergänzung eine lebhaftere Binnennachfrage. Sie würde nicht nur die beschäftigungssteigernde Normalisierung des Auslastungsgrades bewirken, sondern darüber hinaus über die notwendigen Kapazitätserweiterungen auch durch anhaltende Steigerung der Investitionsneigung eine notwendige Ergänzung der vorausgegangenen Optimierung der Angebotsbedingungen bedeuten.

An sinnvollen Einsatzfeldern für ein *mittelfristiges Investitionsprogramm*, das zugleich das Volumen der öffentlichen Investitionen steigern und mehr private Investitionen durch Anreize induzieren müßte, fehlt es nicht. Man denke nur an Stichworte wie Umweltsanierung, Umweltschutz, alternative Energieträger, Energieeinsparung, Ressourcen-Einsparung, Stadtsanierung usw. Dabei spielen vor allem die Investitionsaufgaben der Kommunen eine Rolle. Sie wurden seit Jahren im Zuge rigoroser Konsolidierung vernachlässigt. Durchdachte und durchgerechnete Vorschläge für solche Impulse liegen seit längerem vor. Freilich können Volumen und Struktur eines Investitionsprogramms letztlich nur aus einem politischen Entscheidungsprozeß hervorgehen. Dabei darf das hohe Maß an Selbstfinanzierung nicht aus dem Auge verloren werden, das in gesamtfiskalischer und dynamischer Betrachtung zu erwarten ist, so daß ein Impuls der ersten Hand keine Verschuldungsprobleme auf mittlere Sicht einschließen muß. Im Gegenteil, die aus der anhaltenden Unterbeschäftigung resultierenden gesellschaftlichen Kosten bergen viel größere dauerhafte Verschuldungs-(und/oder Verelendungs-)Risiken.

So wichtig und zukunftssträchtig wie auch beschäftigungswirksam eine derartige Investitionsförderung mit Sicherheit auch wäre, so läßt sich das Unterbeschäftigungsproblem hiermit allein gewiß nicht lösen. Immerhin ließe sich über Jahre hin auf diesem Wege eine Wachstumsverstärkung in der Größenordnung von etwa real ein Prozent pro Jahr erreichen. Anderes muß hinzukommen. So ist zum Beispiel die flankierende Rolle der Arbeitsmarktpolitik nach dem Arbeitsförderungsgesetz noch keineswegs ausgeschöpft. Die deutliche Erhöhung der Teilnehmerzahlen in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und in Maßnahmen zur beruflichen Fortbildung und Umschulung in den letzten Jahren war gewiß ein Schritt in die richtige Richtung. Aber hier kann und sollte beträchtlich mehr geschehen. Gerade in Zeiten anhaltend hoher Dauerarbeitslosigkeit müssen alle Wege beschritten werden, die dem Qualifikationsverlust durch Arbeitslosigkeit entgegenwirken und die obendrein die laufende Anpassung der Qualifikation an den Wandel im Berufsleben fördern. Daneben kommt diesen Maß-

nahmen auch eine direkte Entlastungswirkung für den Arbeitsmarkt zu, die keineswegs unbedeutend ist. Ohne den Einsatz dieser Maßnahmen wäre die Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren um rund 300 000 Personen höher gewesen. Und gerade hier bedarf es eines gesamtfiskalischen Kostenvergleichs, durch den erst die wirklichen Kosten und Erträge deutlich und bewußt gemacht werden können.

Das außerordentliche Ungleichgewicht auf dem Arbeitsmarkt muß aber immer wieder zum Anlaß genommen werden, das gegebene Instrumentarium zu überdenken und der veränderten Lage gegebenenfalls anzupassen. Zahlreiche, auf der Kommunalebene initiierte Projekte, bei denen nicht selten verschiedene Zielsetzungen zugleich verfolgt werden (beispielsweise Beschäftigung, Ausbildung und Stadt- oder Umweltsanierung), könnten wertvolle Anstöße geben. Auch sollte überdacht werden, ob nicht die Gründung einer selbständigen Existenz von Arbeitslosen vorübergehend gefördert werden könnte, wie dies bis 1969 bereits möglich war.

Aber auch wenn man die mit all den hier angesprochenen Maßnahmen zugleich erreichbaren Arbeitsmarkt-Effekte addiert, so bleibt doch noch auf Jahre hin ein beträchtliches Ungleichgewicht übrig. Dies kann nur mit einer *vorübergehenden Reduktion des Angebotes auf dem Arbeitsmarkt* in halbwegs erträgliche Größenordnungen gebracht werden. In der jüngsten Vergangenheit wurden schon einige Schritte in diese Richtung unternommen. Die vom Gesetzgeber im vergangenen Jahr beschlossene mischfinanzierte Vorruhestandsregelung ist ein gutes Beispiel auch für die zunehmende Durchsetzung gesamtfiskalischer Betrachtungsweisen. Es bleibt abzuwarten, ob die im Gesetz vorgesehenen und in den entsprechenden Tarifabschlüssen vereinbarten Konditionen insgesamt attraktiv genug sind, um die gewünschte Inanspruchnahme auszulösen. Bisher vorliegende Informationen lassen einige Zweifel hieran zu. Sollten sie sich auf Dauer als gerechtfertigt erweisen, dann wäre wohl ein Überdenken dieser Konditionen geboten, wie auch neue Überlegungen zu dem schon einmal diskutierten „gleitenden“ oder „Teilruhestand“ für ältere Arbeitnehmer oder zum „Sabbatical“, d. h. längerer freiwilliger und sozial abgesicherter Unterbrechung der Erwerbstätigkeit.

Die Verringerung von Lebens- und Jahresarbeitszeit hat zahlreiche Erscheinungsformen. Sie sollten verstärkt alle zugleich genutzt werden, wobei jeweils unterschiedliche Bedingungen zu beachten sind. Gerade die Erfahrung des letzten Jahres hat erwiesen, daß es so unerläßlich wie aber auch praktisch möglich ist, allseitig konsensfähige, also einen fairen Interessenausgleich sichernde Modelle zu finden. Es hat den Anschein, als ob hier ein Schritt auf einem Wege getan worden ist, auf dem die weiterhin gebotene Verringerung der

effektiven Jahresarbeitszeit bei gleichzeitiger Entkoppelung von Arbeits- und Betriebszeiten ohne betriebswirtschaftliche Nachteile vorangebracht werden kann. Darin hat sich Phantasie erwiesen. Sie ist auch weiterhin stark gefragt. Dabei muß zugleich dafür Sorge getragen werden, daß Arbeitszeitpräferenzen und Interessenlage der Arbeitnehmer in entsprechenden Betriebs- und Tarifvereinbarungen voll geschützt bleiben.

Aber auch alle anderen Formen der Arbeitszeitverkürzung bleiben gefragt: Kurzarbeit nach dem Arbeitsförderungsgesetz (AFG), Abbau von Überstunden, Teilzeitarbeit zu akzeptablen und gesicherten Bedingungen usw. Auch Kompromißbereitschaft bleibt bei allen Beteiligten gefordert. Bringen wir sie alle zusammen auf, kann ein sehr großer Teil des vorübergehenden, aber zu lange währenden Problems Arbeitslosigkeit gelöst werden. Wenn nicht, dann begibt sich die Bundesrepublik in eine große gesellschaftliche Zerreißprobe.